

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 257

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatlich 150.— M.

Halver

Mittwoch, den 1. November 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 8.— M., im
Reklametext 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 20.— M.,
Offerten-Verlegung 10.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Hauptbelegten der Reparationskommission sind nach Berlin gefahren, wo inzwischen Vorbesprechungen über die Reparationsfrage mit Sachverständigen stattfanden.

* Im Reichsarbeitsministerium wurde eine „deutsche Notgemeinschaft“ zur Unterstützung der Erwerbsunfähigen gegründet.

* Vom 1. November ab tritt die bereits angekündigte Erhöhung der Eisenbahngütertarife um 50 % in Kraft.

* Eine Versammlung des deutschen Eisenbahnerverbandes in Berlin sprach sich gegen einen Streik, aber für ausreichende Lohnerhöhungen aus.

* Die Faschisten sind im Anmarsch auf Rom und haben in mehreren großen Provinzialstädten die Regierung übernommen. Mussolini wird das neue Kabinett bilden.

Der Sieg der Schwarzhemden.

Nach echter und rechter Verschwörerart, wie sie in Italien von jeher im Gange war, haben die Faschisten (sprich: Faschisten = die Bündler) im Handumdrehen sozusagen, einen politischen Umsturz im Königreich in Szene gesetzt. War man nach verschiedenen Ereignissen der letzten Monate schon bereit, die Schlagkraft ihrer Organisation, wie den Machtwillen ihrer Führer gar nicht gering anzuschlagen, so ist doch die siegesichere Art, wie sie jetzt, im unmittelbaren Anschluß an ihren Parteitag in Neapel, auf das Ganze gingen, vielen überraschend gekommen. Ein wohlgeleiteter Stoß, politisch und militärisch zugleich geleitet, gegen die Hauptstadt des Reiches, und das Ministerium de Facta lag am Boden. Ehren- und schandenhafter hatte es sich noch so gestellt, als wenn es die Ordnung im Lande mit bewaffneter Hand aufrecht erhalten wollte. Zu einem regelrechten Bürgerkrieg, der dann unvermeidlich geworden wäre, wollte es indes nicht kommen. Mussolini und seine Scharen. Er wird, weil die Klugheit es gebietet, sich zunächst ganz, wie es sich gehört, mit allen Formen der parlamentarischen Regierungsweise umgeben, wird die Kammer, in der er nur 30 Anhänger zählt, auflösen, um dem Volk Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, und wird sich auch sonst wohl hüten, äußerlich als Diktator des Landes aufzutreten. In Wahrheit aber kann man wohl sagen, daß noch niemals eine parlamentarische Regierung in unparlamentarischer Form geführt worden ist als jetzt die italienische, und daß die Ähnlichkeit zwischen dem abgehenden und dem kommenden Kabinett nicht größer ist als diejenige zwischen Tag und Nacht.

Die Entstehung des Faschismus reicht in jene wilsbewegten Tage zurück, da d'Annunzio die Lösung der adriatischen Frage in seine eigene Diktatorhand genommen hatte. Schon damals tat sich eine tiefe Kluft auf zwischen den Empfindungen des italienischen Volkes und seiner amtlichen Vertretung. Wenn Regierung und Heeresleitung sich frei gefühlt hätten, zu tun, was sie für richtig hielten, wäre die Entscheidung über Fiume nicht viele Wochen und Monate hingezogen worden. Aber die Friedensverträge mit den Verbündeten zwangen zu rücksichtsvoller Entsagung. Um so wilder gingen im Königreich die Wellen nationaler Erregung hoch und führten, bis d'Annunzio wenigstens zu einem Teil sein Ziel erreicht hatte, zur Gründung patriotischer Verbände, in denen insbesondere die Jugend des Landes sich zu heilem Neden und Streben zusammenschloß. Eine Bewegung, die den revolutionärsbegeisterten Sozialisten und Kommunisten natürlich ein Dorn im Auge war. Sie hatten mit größter Bestimmtheit darauf gerechnet, daß nach Beendigung des Krieges ihr Weizen im Lande blühen werde, und wohl auch schon mancherlei Vorbereitungen getroffen, um über kurz oder lang in Rom die Republik auszurufen zu können. Die nationale Bewegung der Faschisten machte ihnen einen Strich durch die Rechnung. Überall wo sie durch Gewaltanwendung und Aufruhr oder auch durch List und Verschwörung sich durchzusetzen suchten, traten auch die Faschisten mit gleichen Kampfmitteln auf den Plan und bedachten sich keinen Augenblick, auf einen Schein anderthalb zu setzen. So ergab es sich von selbst, daß die Faschistenbewegung neben dem nationalen auch einen antisozialistischen Charakter annahm. Überraschenderweise wichen die sonst so wort- und tatbereiten Radikalen überall, wo es zu Konflikten mit den Faschisten kam, vor diesem Gegner nach mehr oder weniger nachhaltigem Widerstande zurück, und je mehr die außenpolitischen Verhältnisse im Laufe der Zeit sich zu beruhigen schienen, desto ungestümmer drängten die Mussolini-Leute den „inneren Feind“ in hoffnungslose Verteidigung zurück. Mehr und mehr verstanden sie es auch, sich mit den Gesatzstimmungen des Volkes in Fühlung zu bringen. Die antimonarchistischen Tendenzen der Anfangszeit wichen allmählich monarchistischer Korrektheit, und trotz ausgesprochenen Parlamentärsgegnerschaft verstand man sich schließlich bei den Kammerwahlen doch zur Aufstellung eigener Kandidaten und damit zum Wettbewerb mit den anderen Parteien um den politischen Einfluß im Lande. Zu Hilfe kam den Faschisten bei der Anpassung an Überlieferungen des italienischen Volkes die völlige Ohnmacht der Kammer zu ersprießlicher Führung der Nation. Eine Regierung folgte auf die andere, ohne das Rückgrat einer festen Parlamentärsmehrheit zu besitzen, während doch der wirtschaftliche Niedergang des Landes immer dringender eine starke Hand notwendig machte, zu der die Bevölkerung Vertrauen hätte aufbringen können. Dem Müßigen gehörte die Welt, und an Mut hat Mussolini es wahrlich nicht fehlen lassen; zuweilen mußte man sogar schon für Übermut halten, was in seinem Namen und auf seine Führung hier oder da im Lande geschah. Aber jedenfalls, seine Hand rührte sich gegen die Gewalt, die er mit seiner sorgfältig durchgeübten militärischen Organisation darstellte, so daß es schließlich nur von seiner Willen abhing, ob, wann und in welcher Form er sich zum Herren des Landes aufschwingen wollte.

Die Mussolinipartei ist die leidenschaftlichste Gegnerin des Sozialismus mit allem, was zu ihm hält oder auf ihn schwört. Der Erfolg spricht für ihre Taktik, womit natürlich noch nicht gesagt ist, daß der Faschismus auch nach der positiven Seite hin wird leisten können, wessen er sich vermaß. Die Tage der Prüfung sind jetzt erst, mit dem überraschenden Siege der Schwarzhemden, für ihn gekommen.

Mussolini bildet die Regierung.

Nach dem gelungenen Staatsstreich berief der König Mussolini telegraphisch nach Rom und übertrug ihm die Kabinettsbildung. Die Liste der Minister soll bereits fertiggestellt sein und sieben Faschisten mit Mussolini als Ministerpräsidenten, vier Demokraten, einen Nationalisten, einen Volksparteier und einen Liberalen enthalten. Zwischen den Faschisten ganz Italiens mobilisiert und ein Aktionskomitee von vier Mitgliedern mit diktatorischer Gewalt eingesetzt worden. Die Arbeiter werden aufgefordert, dem Faschismus beizutreten, indem erklärt wird, daß ihre Rechte verteidigt würden und die Faschisten nur die Wohlfahrt und Größe Italiens wollten. Eine geheime Beratung der sozialistischen Führer mit den Kommunisten ist ergebnislos geblieben, da die beiden Parteien zu keiner Einigung gelangen konnten. Der Papst hat einen Aufruf erlassen, in dem er zum Frieden auffordert.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Bayerische Verfassungswünsche.

Die Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei nahm u. a. einen Antrag an, durch den die Reichstagsfraktion der Partei beauftragt wird, im Laufe der Wintertagung des Reichstages einen Antrag einzubringen, der sich auf eine Änderung der Reichsverfassung im Sinne einer Festlegung des bundesstaatlichen Charakters des Deutschen Reiches richtet. Ferner fand ein Antrag auf Abänderung der bayerischen Verfassung Aufnahme. Danach wird u. a. die Aufstellung eines außerordentlichen Ministeriums stehenden Staatspräsidenten und die Schaffung einer zweiten berufsständischen Kammer verlangt.

Die Devisenverordnung im Rheinland.

Die Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln vom 12. Oktober und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen sind der Interalliierten Rheingebietskommission vorgelegt worden. Zur Förderung des Bestrebens der deutschen Regierung, die deutsche Währung zu stärken, und zwar insbesondere durch Einschränkung der Spekulation in ausländischen Devisen, wird die Kommission im Einvernehmen mit dem Reichskommissar in dieser Frage einen Sachverständigen hören.

Türkei.

X Die Einladungen zur Friedenskonferenz. In Moskau hat der Vertreter der englischen Regierung im Namen Englands, Frankreichs und Italiens eine schriftliche Einladung zur Teilnahme Sowjetrußlands an den Verhandlungen der Lausanner Konferenz über die Frage der Meerengen übergeben. In dieser Note wird mitgeteilt, daß die Konferenz am 13. November zusammentritt. Auch in Washington haben die Ententevertreter um eine aktive Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Lausanner Konferenz nachgesucht. Staatssekretär Hughes hat darauf mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich an der Lausanner Konferenz nicht offiziell beteiligen könne, weil Amerika mit der Türkei nicht Krieg geführt habe. Man werde jedoch Beobachter bestimmen, die den Verhandlungen beizuwohnen würden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der bisherige französische Botschafter in Berlin Laurent hat am Sonntag Berlin verlassen. Zur Verabschiedung hatte sich ein großer Kreis von Personen auf dem Bahnhof eingefunden.

Berlin. Der deutsche Botschafter in Moskau Graf Brodorsky-Rankau hat zur Übernahme seines Postens Berlin verlassen.

Dresden. Ein Erlaß der sächsischen Regierung verbietet den Mitgliedern der Militärvereine das Tragen von Militärwaffen und das Abgeben von Ehrensalven bei Begräbnissen.

Braunschweig. Der Führer der Deutschen Volkspartei Stresemann wandte sich auf dem Landesparteitag der Deutschen Volkspartei in Braunschweig in scharfen Worten gegen die von den Deutschnationalen auf ihrem Parteitag in Götting gegebene Absage an den Parlamentarismus.

Die Reparationskommission in Berlin.

Vorberatungen im Kabinett.

Von London, Paris und Brüssel kommend, fuhrten am Montag die Hauptbelegten der Reparationskommission gemeinsam mit dem Kölner Schnellzuge nach Berlin, um die mit großer Spannung erwarteten Beratungen mit der deutschen Regierung über die brennende Frage der Markbeseitigung, und damit ein Kernproblem der gesamten Reparationsfrage aufzunehmen. Auf dem Bahnhof in Paris sagte Sir John Bradbury: „Diese Berliner Reise kann nicht als der Beginn einer neuen Politik betrachtet werden, aber wir reisen

mit neuen Arbeitsmethoden

ab.“ Es sei auf seiner Seite und auf Seiten seiner Kollegen in der Reparationskommission der ernsteste Wunsch vorhanden, die geeigneten Mittel zu entdecken, um den Sturz der Mark aufzuhalten. Alle Meinungsverschiedenheiten,

die möglicherweise beständen, beträfen die Methoden, und nicht den Zweck. Sie hofften, daß der Besuch in Berlin, der eine Lösung des Problems der Selbstwertung zum Ziele habe, zu einem wirklichen Schritt vorwärts führen werde. Die Delegierten wollten, so wird weiter berichtet, wenn möglich, ein Abkommen erzielen, das das Zusammenwirken der Kommission mit der deutschen Regierung sichert. Man hofft dann auf eine Zusammenkunft von Bonar Law mit Poincaré zur Besprechung der Reparationen und der interalliierten Schulden. Es sei wahrscheinlich, daß der

Garantieanspruch mit erweiterten Vollmachten

dauernd in Berlin seinen Sitz nehmen werde, während die Reparationskommission in Paris als beratende Körperschaft verbleibe. — In Berlin haben inzwischen mit dem Kanzler und dem von seinem Erholungsurlaub zurückgekehrten Finanzminister Hermes wichtige Vorberatungen unter Hinzuziehung wirtschaftlicher Sachverständiger stattgefunden. Zunächst handelt es sich um die deutschen Sachverständigen, da die ausländischen noch nicht alle eingetroffen sind. Mit diesen soll am 2. November die erste Besprechung abgehalten werden.

Deutsche Notgemeinschaft.

Hilfe für die Erwerbsunfähigen.

In Berlin wurde am Montag im Reichsarbeitsministerium die Gründung der deutschen Notgemeinschaft vollzogen. Der Gründungsversammlung wohnten außer den Vertretern der Länder die deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, Vertreter der Städte und Gemeinden, der Industrie und des Handels und der privaten Wohlfahrtsorganisationen bei. Alle sicherten der Reichsnation die warmste Unterstützung zu. Zunächst soll nach der Erklärung des Ministers der dringenden Not der jeder Hilfe baren deutschen Volksgenossen gesteuert werden.

Ein Aufruf des Reichspräsidenten

bittet zu diesem Zweck um Abgabe von Geldern und Waren. Von der Landwirtschaft insbesondere erhofft man die Bereitstellung großer Mengen von Lebensmitteln. Die deutsche Arbeiterkraft soll die Erträge einer freiwillig zu leistenden Arbeit und zugunsten dieser Notation abführen. Für diese Seite der Sammlung haben die Gewerkschaften weitestgehende Unterstützung zugesichert. Der Aufruf gipfelt in den Worten: „Deutsche Not soll deutschen Gemeinschaftssinn wecken, und in der „Deutschen Notgemeinschaft“ soll er sich wirksam betätigen. Darum gebt rasch und gebt reichlich! Jede Art der Hilfe ist willkommen! Ihr, die Ihr noch schaffen und erwerben könnt, gedenket jener, die dem Elend preisgegeben sind!“

In der Gründungsversammlung wurde schließlich ein engerer Ausschuß eingesetzt, in dem die Organisationsfragen geregelt werden sollen. Die Verwendung der Gaben soll zunächst lokal erfolgen und insbesondere zunächst nur die der Armenpflege anheimfallenden Personen unterstützt werden. — Spenden nehmen entgegen: Die Reichsbank, sämtliche Banken, Sparkassen, Postanstalten sowie die Postcheckkonten der Reichsgeschäftsstelle der „Deutschen Notgemeinschaft“: Berlin 142 000, Frankfurt a. M. 91 400, Köln 115 300, Hamburg 42 900 und Königsberg i. Pr. 18 000.

Eisenbahner gegen den Streik.

Ablehnung kommunistischer Anträge.

Eine von 5000 Personen besuchte Mitgliederversammlung des deutschen Eisenbahnerverbandes nahm am Sonntag in Berlin den Bericht über die Verhandlungen mit der Regierung entgegen. Die Verhandlungen sind zunächst gescheitert, werden aber in dieser Woche weitergeführt. Das Angebot der Regierung, eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Mark vorzunehmen, sei für die Gewerkschaften unannehmbar gewesen, da im letzten Monat die Preise für Auslandsware um 32 %, die Preise für Inlandsware sogar um 61 % und die Großhandelspreise vor dem 288fachen auf das 460fache gestiegen seien. Der Berichterstatter und Vorsitzende Schaffel lehnte einen sofortigen Streik der Eisenbahner ab. Die Dinge lägen nicht so einfach, wie die Kommunisten es sich denken. Schließlich dürfe man nicht vergessen, daß die Regierung den Arbeitern für Oktober einen Vorstoß von 6800 Mark gebe, wovon zunächst nur 1000 Mark zurückzahlen sind. Ein Streik aber würde jedem Arbeiter Verluste bringen, die kaum einzuholen wären. Der Verband könne keine Streikunterstützung bezahlen, weil er kein Geld habe. Eine Folge des Streiks wäre eine noch größere Teuerung und ein Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft.

Die kommunistisch orientierten Versammlungsleiter forderten sofortigen Eintritt in den Streik. Der Vorsitzende trat ihnen entgegen und sagte, ein solcher Streik werde wahrscheinlich in eine politische Bewegung ausarten. Von den Kommunisten erschollen hier Zwischenrufe: „Das soll er ja gerade.“ Der Vorsitzende fuhr fort: „Nein, wir haben keine politischen Bewegungen zu beginnen, sondern für wirtschaftliche Forderungen zu kämpfen. In diesen Zeiten der immer drohender werdenden Wirtschaftskrise müssen auch wir die Unterordnung unter das Ganze verlangen. Die Ermäßigung der Reparationslasten ist das wirksamste Mittel zur Besserung der Wirtschaftslage. Wenn in Frankreich, England und Italien die Arbeiter auf ihre Regierungen den Einfluss hätten wie in Deutschland, ständen sie um vieles besser.“

Die Anträge der Kommunisten wurden abgelehnt und eine Entschließung angenommen, die Raum für neue Verhandlungen mit der Regierung läßt.

Ausland bei der Direktion Ludwigshafen.

Das Tageslohnpersonal der Eisenbahndienststelle Kaiserslautern ist in den Ausstand getreten, weil eine von ihm geforderte Erhöhung der Lohnzahlung auf 5000 Mark vom Reichsverkehrsministerium nicht in vollem Ausmaß bewilligt worden war. Die Fernzüge wurden bisher durchgeführt, während der Lokalverkehr litt. Die Arbeiter der Hauptwerkstätte Ludwigshafen sowie der Betriebswerkstätten Ludwigshafen und Neustadt a. d. Saar haben sich inzwischen dem Streik angeschlossen.

Der Preis für das Umlagegetreide.

Die Ablieferungsfristen.

Das Gesetz zur Abänderung des Getreidegesetzes ist veröffentlicht worden; es sieht eine Erhöhung der Preise für das erste Drittel der Umlage, für Roggen auf 28 300 Mark, für Weizen auf 30 300 Mark, für Gerste auf 27 300 Mark, für Hafer auf 25 500 Mark die Tonne vor, also rund eine Verdoppelung des bisherigen Preises.

Des weiteren sind in dem Gesetz die Ablieferungsfristen für das 2. und 3. Drittel der Umlage dahin geändert worden, daß bis zum 31. Dezember 1922, bis zum 31. Januar, 28. Februar, 15. April 1923 je ein weiteres Sechstel der Umlage zu liefern ist und daß jeder dieser Sechstel der Preis nach dem im Gesetz vom 4. Juli 1922 für die beiden letzten Drittel der Umlage angeordneten Verfahren festgelegt wird.

Endlich ist die in dem Gesetz vom 4. Juli 1922 vorgesehene Möglichkeit zur Ablösung der Ablieferungspflicht von Originalsaatgut durch einen Geldbetrag ausgedehnt worden auch auf anerkanntes Saatgut für die Frühjahrssaat.

Das Flüchtlingselend.

Die deutsche Ein- und Auswanderung.

Bei der Beratung der Ein- und Auswandererfragen auf der Genfer Internationalen Arbeitskonferenz ging der deutsche Regierungsvertreter Ministerialrat Scholz auf die besonderen Schwierigkeiten dieser Fragen in Deutschland ein, die dadurch wesentlich gesteigert worden sind, daß eine gewaltige Masse von Flüchtlingen aus den abgetretenen Gebieten und aus dem übrigen Ausland nach Deutschland zurückgeströmt ist. Die Zahl der Flüchtlinge beträgt weit mehr als eine Million. Dazu kommen noch aus den an Polen gefallen Gebieten allmonatlich mehr als 10 000 Flüchtlinge.

nach Deutschland. Tausende der Flüchtlinge sind in Lagern untergebracht worden, wo sie, ohne Beschäftigung, auf Kosten des Reiches ernährt werden. Die Finanzlage des Reiches macht es unmöglich, den Wohnungsbau in der notwendigen Weise zu fördern. Wenn trotz dieser Verhältnisse die Übersiedlung aus Deutschland sich noch in engen Grenzen bewegt, so liegt die Ursache darin, daß der Tiefstand der deutschen Wäslute dem deutschen Auswanderer zumeist nicht gestattet, seine Auswanderungspläne durchzuführen, und zahlreiche Auswanderungsstaaten die Zulassung Deutscher erschweren, teilweise auch verbieten. Die geographische Lage bringt es ferner mit sich, daß Deutschland von Auslandswanderern in weitem Maße durchkreuzt wird.

Kein Defizit bei der Eisenbahn.

Berlin, 30. Oktober.

Eine amtliche Veröffentlichung stellt fest, daß bei der Eisenbahnverwaltung kein Fehlbetrag im ersten Rechnungsjahr 1922 (April bis September einschließlich) zu verzeichnen ist.

Die Einnahmen des ordentlichen Haushalts betragen in Millionen Mark: a) aus dem Personen- und Gepäckverkehr 10 550, b) aus dem Güterverkehr 78 714, c) aus sonstigen Quellen 2973, im ganzen 92 237.

Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts stellen sich in Millionen Mark: a) für die Hauptverwaltung (Ministerium) auf 74, b) für die Betriebsverwaltung auf 89 900, c) für sonstige Zwecke auf 6, d) für den Schuldendienst auf 2200, im ganzen 92 180.

Der Abschluß zeigt, daß trotz der unaufhaltsam fortschreitenden Geldentwertung und der hierdurch bedingten gewaltigen Verteuerung aller Kosten die Ausgaben des ordentlichen Haushalts durch die Einnahmen voll gedeckt werden. Wenn gleichwohl nach der Übersicht über die Finanzgebarung des Reiches die Geldabhebungen der Reichsbahn bei der Reichshauptkasse ihre Ablieferungen dahin bis Ende September wesentlich übersteigen, so erklärt

Goldelse.

Roman von E. Marlitt.

(Nachdruck verboten)

Er erreichte seinen Zweck, den Dankungen zu entgehen, vollkommen; denn Frau Ferber eilte, von Elisabeth begleitet, ins Haus, und die anderen lachten. Bald sah die Gesellschaft auf der Terrasse, um den braunen, kräftig duftenden Trant versammelt.

„Ja, ja,“ sagte der Oberförster, sich behaglich in den Stuhl zurücklehnen, „hätte heute morgen beim Aufstehen nicht gedacht, daß ich mich am Abend als Herr von Gnadenwies niederlegen würde. . . Nun kann mir der Oberförstermeister nicht entgehen; hat mich auf einmal das braune Blättchen da mit seinen verzwickten Buchstaben geschickt dazu gemacht, was dreißig schwere Dienstjahre nicht zuwege gebracht haben. Werde, sobald Seine Durchlaucht in 2. einrückt, meinen Kräftchen machen und mich vorstellen mit dem neuen Namen. . . Pöb Bliz, die werden die Augen aufreißten da drinnen!“

Ein eigenartlicher Seitenblick huschte bei diesen Worten hinüber nach Elisabeth, zugleich aber tat der Sprechende ein paar kräftige Züge aus der Pfeife und hüllte plötzlich sein Gesicht in eine dicke Rauchwolke.

„Ontell!“ rief das junge Mädchen, „selle dich, wie du willst, ich weiß doch, daß dir nicht einfällt, das zerbrochene Wappen der Gnadenwies wieder zusammenzufügen.“

„Wer ich sehe nicht ein; es ist ein ganz hübsches Wappen mit Balken, Sternen.“

„Und einem Rade voller Blutsäden,“ unterbrach ihn Elisabeth, „Gott behüte uns, daß wir es machen, wie jene, welche die Sünden ihrer Vorfahren aufgaben, um das Alter ihres Geschlechts zu beweisen, und die den Adel dadurch unablässig machten: eine größere Widerspenstigkeit hat die ganze Welt nicht. . . Mir ist, als müßten sich die Schatten aller derer, die jenes hochmütige, erbarmungslose Geschlecht geknallt und durch das Leben gehetzt hat, anlagend erheben, wenn der Name wieder aufleben sollte, unter dessen Deckmantel Jahrhunderte lang alle erdenklichen Grauel verübt worden sind. . . Wenn ich die zwei Väter nebeneinander stelle, den leiblichen, der sich aus dem Leben floh, nicht einen Augenblick erwägend, daß sein armes Kind die heiligsten Rechte an ihn hatte, und jenen armen Diener, der den hilflosen Ausgestoßenen erbarmungslos an sein Herz nahm und ihm seinen christlichen Namen verlieh, dann weiß ich, welcher der adelige, das heißt,

sich dies insbesondere durch die Bedürfnisse des außerordentlichen Haushalts sowie durch den Geldbedarf für die Vorauszahlung des Vierteljahrsgehalts Oktober-Dezember an die Beamten. Ein Zuschuß aus allgemeinen Reichsmitteln zu den Kosten des ordentlichen Haushalts der Reichsbahnverwaltung war im ersten Halbjahr 1922 nicht erforderlich.

Rettet den Wohnungsbau!

Erhöhung der Bauabgabe?

In Magdeburg fand unter der Parole „Rettet den Wohnungsbau“ eine vom Deutschen Verein für Wohnungsreform veranstaltete große Kundgebung aller am Wohnungsbau interessierten Kreise statt. Der bekannte Hochschüler Dr.-Ing. Schmidt (Essen) schilderte das Elend des Wohnungswesens. Abgesehen von Überbebauungsflächen hatte er eine gleitende Skala der Wohnungsbauabgabe für das wichtigste Mittel, den Wohnungsbau wieder zu beleben. Die Großindustrie müsse mehr als bisher angehalten werden, Wohnungen für ihre Beamten und Arbeiter zu bauen. Der Redner schloß seine Forderungen in folgende Leitsätze zusammen:

1. Es müssen erhöhte gleichmäßig fließende Geldmittel beschaffen werden. 2. Von einer Zwangswirtschaft ist abzusehen. 3. Der Umfang des Bauprogramms muß so gewählt werden, daß die Baugelder stetig fließen und der Baufortschritt nicht überfordert wird. 4. Die automatische Durchführung des Aufbaues ist im Baugewerbe ist zu befehlen.

Diese Sätze wurden von der Versammlung angenommen. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte, die Regierung sei zu der Erkenntnis gelangt, daß eine neue beträchtliche Erhöhung der Bauabgabe eintreten müsse.

Sociales und Provinzielles.

Halver, 1. November 1922

□ **Mitleid.** Zwar ist es nicht möglich, daß wir bei jeder fremden Not in Mitleid schwimmen, dazu ist die Not zu groß und unsere Kraft zu klein, wir würden bei solchem Mißverhältnis nur zu weichenmütigen Müßiggängern werden. Aber selbst in dieser schlimmen Zeit, die fast jeden von uns zum verzweifeltsten Kämpfer um die eigene Existenz macht, sollten wir unsere Herzen nicht ganz der Liebe zum Nächsten, dem rechten, wertvollen Mitglied verschließen. Der Winter steht vor der Tür, er sandte uns bereits seine Vorboten; mag er so milde ausfallen, wie immer möglich, er wird furchtbar werden. Vielleicht ist man doch in der einen oder anderen Weise, ohne zu große persönliche Opfer, imstande, einem Mitmenschen die drückende Not zu erleichtern. Können nicht zum Beispiel kräftige, gesunde Jungen franten und schwachen Nachbarn behilflich sein bei der Einbringung der Wintervorräte? Lassen uns einander dienen! Zwar wir sind arm geworden, aber ein guter Rat, ein starker Arm können, an rechter Stelle und in Herzlichkeit geboten, zum Segen werden. So arm brauchen wir nicht zu sein, daß wir nicht mehr Liebe spenden könnten. Wir haben, angesichts der eigenen Not, den Blick verloren für den Jammer um uns her. Wenn wir uns die Zeit nehmen zum Nachdenken, dann fällt uns vielleicht doch noch ein, daß und wo wir helfen können. Gedenkt der Alten! Gewiß, es wurden und werden großzügige Veranstaltungen zu ihren Gunsten getroffen, doch man öffne die Augen und sehe um sich! Erwärmt die kalten Herzen, helft dem Elend, vielleicht springt ein Strahl der Freude zurück und belohnt uns tausendfach. Sind uns jetzt die Armen und Hilfsbedürftigen nicht näher gerückt als je zuvor? Wer kann heute, beim Anblick eines hungernden und frierenden Menschen, mit Gewißheit sagen, daß es nicht sein eigenes Schicksal ist, das er da vor sich sieht? Was schließt heute noch vor Not? Vielleicht der Besitz von Geld? Vielleicht Wissen und Können? Es wäre töricht, wenn man diese Fragen glatt bejahen wollte. Ps-t.

□ **Allerheiligen.** Das katholische Fest zum Gedächtnis aller Heiligen und Märtyrer wurde im Orient schon seit dem Jahre 350 am Sonntag nach Pfingsten gefeiert. Im Abendlande wurde es im Jahre 834 durch den Papst Gregor IV. für den 1. November vorgeschrieben, und an diesem Tage wird es auch heute noch gefeiert.

—* **Das Oberversicherungsamt in Arnsberg** hat den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter im Kreise Almena mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab neu festgelegt. Er beträgt jährl. für die landwirtschaftlichen Arbeiter unter 16 Jahren 14 400,— Mk; von 16—21 Jahren 25 200,— Mk; über 21 Jahren 32 400,— Mk; und für die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen unter 16 Jahren

10 800,— Mk; von 16—21 Jahren 16 200,— Mk; über 21 Jahren 21 600,— Mk. Für Waldarbeiter beträgt der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst für männliche Personen unter 16 Jahren 21 600,— Mk; von 16—21 Jahren 37 800,— Mk; über 21 Jahren 48 600,— Mk. und für Waldarbeiterinnen unter 16 Jahren 14 400 Mk. von 16—21 Jahren 21 700,— Mk; über 21 Jahren 27 000,— Mk.

—* **Das Oberversicherungsamt in Arnsberg** hat mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab die Ortslöhne neu festgelegt. Sie betragen für männliche Arbeiter unter 16 Jahren 140,— Mk., für männliche Arbeiter im Alter von 16—21 Jahren 240,— Mk., für männliche Arbeiter über 21 Jahren 300,— Mk., für weibliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren 120,— Mk., für weibliche Arbeiterinnen im Alter von 16—21 Jahren 160,— Mk., für weibliche Arbeiterinnen über 21 Jahren 200,— Mk.

— **Halver, 31. Okt.** Die gewerbliche Mittelstandsvereinigung für den Amtsbezirk Halver hielt am gestrigen Abend eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Die vom Kreisausschuß Almena erlassene Preisschilder-Verordnung wurde in eingehender Weise besprochen. Es wurde der Beschluß gefaßt dahin zu wirken, daß hinsichtlich dieser Verordnung Erleichterungen geschaffen würden. Der Vorstand wurde beauftragt, an behördlicher Stelle in diesem Sinne vorstellig zu werden. In umliegenden Städten erstreckt sich diese Verordnung nur auf Schaufensterauslagen, nicht aber auf den Laden selbst. Für die Preisprüfungsstelle sollen der Amtsversammlung von der Versammlung ernannte Mitglieder von Halver und Schalksmühle in Vorschlag gebracht werden. Einstimmig wurde beschlossen, bei Bestrafung eines Mitgliedes der Vereinigung durch das Wuchergericht sich solidarisch zu erklären und die Strafe auf die Vereinstasse zu übernehmen; ausgeschlossen davon ist wissentlicher Wucher. (Den Zweck der Preisprüfungsstellen lassen wir im Anschluß an den Verammlungsbericht folgen). Als zweiter Punkt stand ein Vortrag des Schriftführers Ad. Welter zur Tagesordnung: „Richtlinien zum Schutz für Handel und Gewerbe“. In recht erspöckender Weise schilderte Redner die Nöte der Kleingewerbetreibenden und der Handwerker. An Hand von aufgestellten Richtlinien gab er der Versammlung Fingerzeige für die weitere Geschäftsführung der einzelnen Berufsgruppen. Vor allen Dingen müsse der Handwerker und Gewerbetreibende darauf bedacht sein für seine geleistete Arbeit oder gelieferten Waren Barzahlung zu verlangen. Die Außenstände seien schnellstens einzuziehen. Bei der fortschreitenden Geldentwertung müßte mit dem Kapital gearbeitet werden. Keiner sollte das Geld zu Hause anhäufen, sondern möglichst sogleich in Materialien wieder anlegen. Im Weiteren kam Redner auf den Bankanschluß und die Kreditanspruchnahme zu sprechen. In letzterem Falle empfahl er vorsichtig zu wirtschaften. Wies sodann auf die Notwendigkeit und den Nutzen eines engen Zusammenhanges hin. Die Versammlung bekräftigte ihren Dank durch lebhaften Beifall. Die weitere Aussprache zeitigte noch manchen gangbaren Weg für die Vereinigung. Vor allem wurde betont die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen und die noch Fernstehenden dem Verein zuzuführen, nur ein geschlossenes Ganze könnte Erfolge erreichen, und vieles sei seit dem kurzen Bestehen der Vereinigung schon erreicht worden. Ein jeder müsse dazu beitragen, daß auch weiterhin wirksam die Ziele erstrebt werden, die zur Förderung des gewerblichen Mittelstandes dienen. Auch wurde die Anregung gegeben den Volksbezirk, im Lennebezirk sei es schon, zu einem Verbandszusammenzuschließen, damit auch höheren Orts die Wünsche und Nöte des gewerblichen Mittelstandes mit Erfolg vertreten werden könnten. Gegen 9 Uhr wurde die anregend verlaufene Versammlung mit Dankworten vom Vorsitzenden geschlossen.

Aufgaben der Preisprüfungsstellen.

Die Preisprüfungsstelle hat den Zweck, für die Beschaffung von Unterlagen für die Preisregelung der Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs zu sorgen und die zuständigen Stellen bei der Überwachung des

ein eigenes, reines Urteil hat. Ich kann und darf jetzt nicht für ihn entscheiden; aber ich werde ihn zu lenken wissen, daß er es dereinst vorzieht, seinen Weg durch eigene Kraft zu gehen, und nicht, träge auf dem Totbette alter Überlieferungen und Ungerechtigkeiten liegend, Vorrechte genießt, die allein nur das edle Streben fördern sollten. . . Die Gnadenwies haben auf ihrer langen Laufbahn der Welt nichts gegeben, dafür aber um so mehr genommen; sie mögen modern in ihrer Grust, und ihr unverdient berühmter Name mit ihnen!

„Sel!“ rief der Oberförster und schloß seine Pfeife aus. Er stand auf. „Jetzt wollen wir gehen,“ sagte er zu seinem Bruder, „und Rücksprache mit dem Lindhofer Pfarrer nehmen. Der Platz unter den schönen Linden auf unserem Dorfkirchhofe gefällt mir tausendmal besser, als die drei düsternen Wände da drinnen, zwischen denen unsere Stammväter lange Jahre hat ruhen müssen. Und damit die schwere kalte Erde“ ihren Sarg nicht berühre, wollen wir das Grab ausmauern und mit einem Steine verschließen lassen.“

17.

Das Ereignis auf Gnade war schon im Lindhofer Schloße ruhbar geworden, noch bevor Reinhard daselbst betrat. Die Mauer hatten auf ihrem Nachhausewege durch den Park einem Bedienten die wunderbare Geschichte erzählt, worauf diese, von Mund zu Mund laufend, mit Witzgeschmack zu den Damen des Hauses gedrungen war und dort beinahe die Wirkung einer hereinfallenden Bombe gehabt hatte.

Es war ein Lieblingssthema der Frau Baronin, die Lehre vom blauen Blute in ihrer Untrüglichkeit zu beweisen. Sie behauptete, mittels einer sehr feinen, empfindlichen Organisation das Vorhandensein dieses bevorzugten Lebensstromes zu erkennen, herauszufühlen an Personen, deren Namen sie noch nicht einmal wußte. Aus dem Grunde gab sie auch stets bereitwillig zu, daß die „kleine Ferber“ etwas Bornehmes in ihrer Erscheinung habe, als das unleugbare Erbteil ihrer ablig geborenen Mutter. . . Dem Oberförster gegenüber hatte sich jedoch jene untrügliche Stimme immer künschenstill verhalten. Und nun sollte gerade er ihrem hundertmal erprobten Spürbild für aristokratisches Blut zuhändigen machen! Er war der Abkömmling eines berühmten Geschlechts, war der Träger eines Namens, den der Nimbus feudalen Glanzes bis in die fernste Zeit zurückwies!

Sandwirtschaftliches.

Stickstoff-Umlage?

Bei der Einzelberatung der Novelle zum Umlagegesetz ist eine sozialdemokratische Entschließung auf Einbringung eines Gesetzesentwurfs angenommen worden, durch den der deutschen Stickstoff-Industrie eine Umlage von Düngemitteln zu verbilligten Preisen auferlegt wird.

Die sozialdemokratische Entschließung macht Düngemittel zu verbilligten Preisen an die Hand. Wie aber beim Getreide entgegen dem Zweck der Verbilligung zwischen den Erzeugern und den Verbrauchern die Verteilungsbürokratie der Reichsgetreidekasse gefestigt wird, die der Allgemeinheit bereits im Jahre 1919/20 schon über 85 Millionen kostete, jetzt also Milliarden kostet, so würde durch die Kunstdüngemittelumlage zwischen der Düngemittelindustrie und dem Landwirt abermals eine viel tausendköpfige Kriegesgesellschaft eingeschaltet werden, die, obwohl sie die Verbilligung im Schilde führt, der Allgemeinheit Milliarden an Unkosten zumuten müßte. Zwangswirtschaft ist nicht nur nach Ansicht des Reichs-Landbundes, sondern auch nach der Überzeugung vieler Verbraucher Verleumdung. Das könnte auch die Stickstoffumlage nur bestätigen.

Würde im Sinne der sozialdemokratischen Entschließung in der Tat ein Gesetzesentwurf eingebracht, so müßte man auf die weitere Entwicklung gespannt sein. Zunächst würde die Stickstoff-Industrie fragen: Warum nicht auch die Kali-Industrie? Ob man sich aber auf die Stickstoff-Industrie beschränke oder die Kali-Industrie einbeziehe, die Antwort bei der beteiligten Industrie würde alsbald sein, man möge sie nicht nur als Erzeuger belassen, sondern auch als Verbraucher entlasten und ihr etwa durch eine Kohlenumlage „zu verbilligten Preisen“ zu Hilfe kommen. Wer aber bürgt dafür, daß der Fangeball in den Händen der Kohlenindustrie bleibe, und nicht einem neuen Teilnehmer in diesem Unterhaltungsspiel zugeworfen würde?

Damit kehrt die Unterhaltung letzten Endes zu dem Punkt zurück, von dem sie bereits im zweiten Kriegsjahr bei der Schaffung der ersten Getreidehöchstpreise ausgegangen war. Damals konnte man unschwer den Nachweis führen, daß die Festsetzung einzelner Höchstpreise eine starke Ungerechtigkeit sei, und daß man daher, wenn man nun schon den Boden der freien Wirtschaft verläßt, folgerichtig ein ganzes System von Höchstpreisen erwarten

müsse. In der Theorie zweifellos ein richtiges Verlangen, in der Praxis aber unausführbar. Die Spuren der Reichsgetreidekasse mit ihrem Beamtenheer und dem Stand der heutigen Getreidepreise schreien. Man traue also dem Frieden nicht, man hoffe nicht auf verbilligte Düngemittel auf dem Wege neuer Zwangswirtschaftsmaßnahmen. Es wäre ein feinfühler Standpunkt für die Landwirtschaft, die Rute, die sie selbst lange Jahre hindurch gefühlt hat, nun auch andern zu gönnen. Die einwandfreie Auffassung wird grundsätzlich vor dem Verschreiten des Weges warnen, der nun einmal nicht zum Ziele führen kann, weil er Verteuerung statt Verbilligung bringt, und der Kunstdüngerzeugung Lähmung statt Belebung einträgt. Die Lösung ist: Nicht Erweiterung der Zwangswirtschaft, sondern schleunigster Abbau ihrer Reste!

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Güterart	30. 10.	28. 10.	Stand
	gekauft	angeb.	1. 8. 14
Holland 1 Gulden	1635,90	1644,10	1603,99
Dänemark 1 Krone	840,39	844,61	825,98
Schweden 1 Krone	1122,18	1127,82	1102,28
Norwegen 1 Krone	753,11	756,89	738,14
Schweiz 1 Frank	759,09	762,91	748,18
USA 1 Dollar	4177,03	4197,97	4127,15
England 1 Pfund	18703,12	18785,88	18403,87
Frankreich 1 Franc	291,27	292,78	290,27
Belgien 1 Franc	271,22	272,68	270,32
Italien 1 Lira	183,59	184,41	182,09
Österreich 100 Kronen	5,88	5,92	5,23
Ungarn 1 Krone	1,62	1,64	1,60
Tschechien 1 Krone	133,41	134,09	130,07

Berlin, 20. Oktober. Stand der Börsenmark: 80,50 P.

* Berliner Produktbörse vom 30. Oktober 1922. Die amtlich notierten Preise an der Berliner Börse waren pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 9400—9600. Fein. Roggen, märkischer 8300—8500. Fein. Wintergerste 8300 bis 9000, Sommergerste 9200—9600. Fein. Hafer, märkischer 9300—9500. Fein. Mais, loco Berlin 8600—8700. Fein. Weizenmehl pro 100 Kilogramm 26 000—28 300. Sehr feines Roggenmehl pro 100 Kilogramm 23 000—23 500. Fein. Weizenkleie 4600—4700. Etwas feiner. Roggenkleie 4800—4900. Fein. Raps 12 000—14 000. Fein. Viktoriaerbsen 16 000—17 000, kleine Speiseerbsen 14 500—16 500, Bohnen 10 000—11 000, Erbbsen 9000—10 000, Bohnen 14 000—16 000, Lupinen, blaue 7000—7500, gelbe 8500—9500. Gerstella, alte 20 000 bis

25 000, Rapskuchen 5500—5600, Trödenschnitzel 4500—4600, Torfmehl 30—70 3200 M. — Raufutter. (Richtamtlich.) Großhandelspreise per 50 Kilogramm ab Station: Braugerste, Roggen- und Weizenstroh 2100—2200, bezgl. Haferstroh 2100 bis 2200, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 2000—2100, gebündeltes Roggenlangstroh 2100—2200, loses und gebündeltes Krummstroh 1900—2000, Häcksel 2300—2400, handelsübliches Heu 1150—1200, gutes Heu 1200—1300 M.

* Erhöhte Stickstoffpreise. Die neuen Preise für Stickstoffdünger betragen für alle Abladungen vom 1. November ab per Kilogramm Stickstoff: im schwefelsauren Ammoniak: nicht gedarrt und nicht gemahlen 477,60 Mark, gedarrt und gemahlen 489 Mark, im salzsauren Ammoniak 477,60 Mark, im Kaliammonialsalze 477,60 Mark. Daneben wird der Kaligehalt mit den für Kali in Chloralkalium für die jeweilige Abladung geltenden Preisen in Rechnung gestellt: in Kaliammonialsalze 576,10 Mark, in Kalifischöl 425 Mark. Die neuen Stickstoffpreise betragen bei dem jetzigen Stande der Mark ein Drittel der Weltmarktpreise.

Leben und Wissen.

— Das Volkswirtschafts-Museum in Essen. In Essen fand in den Räumen des Hans-Goldschmidt-Hauses die feierliche Eröffnung des Volkswirtschafts-Museums statt. Einer großen Anzahl geladener Gäste, den Vertretern der Behörden und den Stiftern, welche den Erwerb des Museums möglich gemacht hatten, gab Museumsdirektor Godefruch ein Bild von der Bedeutung des Museums, während Oberbürgermeister Dr. Luther den schwierigen Gang des Erwerbs des Museums schilderte und zum Schluß dem Gedanken Ausdruck gab, daß Kultur und Arbeit zusammengehören, also wichtige kulturelle Erscheinungen gerade an einer Stätte der Arbeit ihren Platz haben sollen. Das Museum kann insofern als beschränkter Raum des jetzigen Museumsgebäudes nur in seinem Hauptteil den Besuchern gezeigt werden, während viele Essener Kunstschätze einstweilen ins Magazin wandern mußten. Es ist aber eine baldige würdigere Unterbringung geplant.

Rölnen Frühdevisen. Der Dollar — 4600.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat November 150,— Mark. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezahler und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Statt besonderer Anzeige.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom Liebsten, was man hat,
Muß scheiden.

Heute morgen 4 Uhr entschlief
sanft und gottergeben meine liebe Frau,
unsere gute Mutter, Schwiegermutter,
Grossmutter, Schwester, Schwiegerin und
Tante

Hulda Kämper

geb. Wilhelm
im 58. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten:

Ewald Kämper,
Martha Schmale
geb. Kämper
Wilhelm Schmale
1 Enkelkind.

In der Mark b. Kierspe,
den 31. Oktober 1922.

Die Beerdigung findet Freitag, den
3. November, mittags 2 Uhr vom Sterbehaus
aus statt.

Für die anlässlich unserer Vermählung
erwiesene Aufmerksamkeit sagen wir hiermit
unsern

herzlichsten Dank.

Otto Wurth u. Frau

Elfriede geb. Wernscheid.

Rönahl, im Oktober 1922.

Wohltätigkeitskonzert

am Sonntag, den 5. November 1922,
nachmittags 4 Uhr (Saalöffnung 3 1/2 Uhr)
im Saale der Karlshöhe in Halver.

Ausführende:

Feuerwehrkapelle,
M. G. B. „Arion“, „Liedertafel“,
Quartett-Verein „Frohfinn“,
Vereinigte Turn- und Spielvereine,
Radfahrer-Verein.

Der Erlös findet ausschließlich für
wohlthätige Zwecke Verwendung

Es ladet ein

Der Ausschuss.



M. G. B. Rotthausen

Dirigent:

Herr Konzertfänger W. Silla, Lüdenscheid

am 4. November 1922 im Saale des Herrn Hugo
Huffer, Schalksmühle unter gütiger Mitwirkung des
Doppel-Quartetts Lüdenscheid-Höh
sein diesjähriges

Winterfest

mit nachfolgendem Ball.

Anfang 7 1/2 Uhr Eintritt: Konzert 30.—, Ball
25.— M. Konzert und Ball 50.— M. Unsere ver-
ehrlichen Ehren- und passiven Mitglieder sind hierzu
herzlichst eingeladen.

Achtung!

Sin ständig

Käufer sämtlicher Sorten Häute und Felle aller Art

das ganze Jahr hindurch ob Sommer- oder Winterfelle
und zahle reelle hohe Preise.

Wilh. Heukelbach, Halver,
Berlinerstraße 1.

Achtung!



Wilhelm Stallmann
Hagen W. Rathauspassage
Königsstr. 5a Fernruf 295

Lönsbücher

sind vorrätig:

Meine Erinnerungen
Gedenkbuch
So rüd ho
Häuser von Ohlenhof
Dahinten in der Heide
Lönsbiographie
2. Gesicht Pappe
Wehrwolf
Widur
Der letzte Hansbur
Frau Dollmer
Aus dem kleinen Rosengarten
mit Klavierbegleitung
Junglaub
Swantje Santinius
Mein grünes Buch
Mein braunes Buch
Mein buntes Buch
Mein goldenes Buch
Aus Wald und Heide
Goldhals

Wilh. Bell jr., Halver.

Gemeindewasserwerk Halver.

Die Wasserwerks-Deputa-
tion und die Gemeinde-
vertretung von Halver haben
in ihrer letzten Sitzung be-
schlossen, das bisherige
Wassergeld mit Wirkung
vom 1. Oktober d. J. zu
erhöhen. Die neuen
Bestimmungen liegen wäh-
rend drei Wochen im Amts-
hause hier, Zimmer 6, zur
Einsicht der Beteiligten aus.

Halver, 27. Okt. 1922.

Der Amtmann.

Haus

in Halver
mit Umlage gegen sofortige
gute Bezahlung zu kaufen
gekauft.

Angebote unter X. 345
an die Geschäftsstelle des
Allg. Anz., Halver, erbeten.

Neu!

Hosen- u. Rockhalter

aus Draht.
Einfach — solide —
praktisch

empfiehlt

Wilh. Bell jr.,
Halver.

Inserate

für die
Tagesausgabe
erhalten wir bis spätestens
3 Uhr nachm.
tags vorher.

Größere Anzeigen
wollen man früher auf-
geben, da sonst für
eine schöne Aus-
stattung und gute
Platzierung keine
Gewähr übernommen
werden kann.

Der Verlag

Tabak

empfiehlt
Fr. Herm Bohmer,
Schalksmühle

Trauerbriefe

werden schnell und billig
angefertigt in der

Buchdruckerei

Wilh. Bell jr., Halver.